Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste. Abonnement vierteljährlich M. 2,50, durch die Post M. 2,75. — Inserate Marienstr. 18 bis Nachmitt. 3 Uhr. Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 an Wochentagen bis 4 Uhr Nachm. Die 1spaltige Petitzeile (ca. 8 Silben) 15 Pfg., für Bronzeschrift oder nach Feiertagen 20 Pfg. Unter dem Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Reklamen auf der Privat-Pfg. Eine Garantie für das pünktliche Erscheinen bei bestimmten Tagen wird nicht gegeben. Auswärtige Inseratens-Aufträge gegen Vorausbezahlung durch Briefmarken oder Postanweisung. Inserate nehmen sämmtliche renommirte Annoncen-Expeditionen an. Für Rückgabe eingesandter Manuskripte keine Verbindlichkeit. — Fernsprech-Stellen: 11 Amt., 532 Neust.-Dresden.

Dresdner Nachrichten

33. Jahrgang.
Aufl. 46,000 Exempl.

Unsere Annoncen-Expedition befindet sich jetzt
Wilsdrufferstr. 19, I. (Eingang am Seilergeschäft).
Haasenstein & Vogler, Dresden.

Dresden. 1888.

Neueste Börsen-Telegramme.

Breslau, 8. Febr. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Ltr. 100% exkl. 50 M. Verbrauchsabgabe per Februar 48,00, April-Mai 49,50, Mai-Juni 50,00, do. 70 M. Februar 30,00, April-Mai —. Roggen Febr.-März 112,50, April-Mai 115,00, Mai-Juni 118,00. Rüböl loco Februar 47,50, April-Mai 46,50, Mai-Juni —,—. Zink still. — Wetter: Mild.

Stettin, 8. Febr. (Getreidem.) Weizen flau, loco 162—165, April-Mai 166,50, Juni-Juli 171,00. Roggen flau, loco 105—112, April-Mai 116,00, Juni-Juli 121,00. Pommerscher Hafer loco 102—108. Rüböl matt, Februar 46,20, April-Mai 46,20. Spiritus unverändert, loco ohne Faß versteuert 97,50, mit (50 M.) Konsumsteuer 49, mit (70 M.) Konsumsteuer 30,20 April-Mai 29,50. Petroleum loco verzollt 12,70.

I. u. grösste Masken- u. Theater-Garderobe
Max Jacobi, 2 Galeriestrasse 2
part. und erste Etage.
Dominos in vorzügl. Auswahl für Herren und Damen.
Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.
Telephon Nr. 389.

Schlossstr. 2, II.

Rath an Erfinder
Diese Broschüre ist kostenfrei zu beziehen von
Patentanwalt Rud. Schmidt, Dresden.
Bureau für Erwirkung deutscher und fremder Patente.

Haus Café Central.

N. Salm, Gravir- u. Präge-Anstalt,
Special-Fabrik geprägter und gummirter Siegel-, Packet-Verschluss- und Schutzmarken
Plauen b. Dr., Kaitzerstr. 17. Geschäftslocal: **Dresden,** Marienstr. 8.
Zur gefälligen Beachtung grosse Auswahl von Siegel-Schablonen in Zink, Messing und Kupfer, sowie aller Gattungen **Handfarbstempel** und **Stempel-Apparate,** und hält sich zur Ausführung von **Gravir-Arbeiten** jeder Art bestens empfohlen.

Prof. Dr. Jäger's Normal-Anzüge, genau nach Maaß, **Tricot-Stoffe,** von 10 Mark an per Meter. **Jean Schieme Nachf.,** Neustädter Rathhaus.

Nr. 40. **Spiegel:** Die Wirkung der Rede des Reichskanzlers, Verlängerung der Legislaturperiode. Oberlandesgerichtspräsident v. Weber †. Landtagsverhandlungen, Maienfest der Ressource, neues Amtsgerichtsgebäude. Kunstvereinsausstellung, Prof. Schultze's Vortrag. **Donnerstag, 9. Februar.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Eine wahre Hochfluth von Erläuterungen der Bismarck-Rede rauscht durch die europäische Presse. Es ist da kein Blatt oder Blättchen, es sei geschrieben in irgend welcher Zunge, es erscheine an einem politischen Mittelpunkte oder in einem weltvergessenen Neste, das sich nicht in Schlußfolgerungen aus der neuesten Kanzlerrede erginge. Mit verhaltenem Athem hatte ein ganzer Erdtheil an den Lippen des Fürsten-Kanzler gehangen; nun hat er gesprochen; nun löst sich die Spannung in schier unerschöpflichen Betrachtungen. Der Telegraph, der am Montag die Bismarck'sche Rede überall hingeblitzt hatte, blitzt jetzt die von ihr erzeugten Eindrücke nach Berlin zurück. Das Gesammt-Urtheil Europas läuft da hinaus, daß, wennschon Fürst Bismarck nicht gesagt hat: es giebt Krieg oder es bleibt Frieden, er doch die besten Gründe dafür beigebracht hat, daß die Welt mit voller Bestimmtheit auf die Erhaltung des Friedens rechnen kann. Das den Krieg erklärende Wort wird unter allen Umständen nicht von Deutschland gesprochen werden und die Feinde Deutschlands werden sich auch hüten, es zu sprechen. In vollendeter Weise hat Bismarck die beiden Mittel in Anwendung gebracht, durch die ein Staatsmann öffentlich für den Frieden arbeiten kann: er betheuerte feierlich und mit dem tiefsten sittlichen Ernste die eigne friedliche Politik, er betonte die Entschlossenheit und die Macht Deutschlands, jeden Angriff niederzuschlagen. Es wird verstanden werden, daß Deutschland nicht blos mit Oesterreich, sondern auch mit anderen Staaten Bundesverträge hat, also neben Italien mindestens noch mit Rumänien. Mit einem Staate, der solche Verbündete besitzt und der ohne Ueberhebung von den Millionen waffengeübter Krieger spricht, die er an beiden Grenzen aufmarschiren lassen kann, sucht man nicht so leicht Händel. Und wenn irgend etwas über die gewaltigen Anforderungen an die Steuerkraft der Völker zu trösten vermag, so ist es, wie die „Frankf. Ztg." darlegt, das Bewußtsein, daß eine so gewaltige Kriegsmacht am sichersten den Frieden verbürgt. Deshalb übt die Bismarck'sche Rede eine befreiende Wirkung. Der Druck auf den Gemüthern weicht, welcher das Wirthschaftsleben der Völker so schwer belastete. Nur das schlechte Gewissen oder Nebeninteressen vermögen etwas Anderes aus der Bismarck'schen Rede herauszulesen, als die beruhigende Wirkung. In letzterer Richtung thun sich die Börsen- und die deutsch-freisinnigen Zeitungen hervor. Sie mäkeln an einzelnen Stellen der Rede herum und finden es namentlich ziemlich harmlos, daß Bismarck die russischen Truppenansammlungen als ein Mittel bezeichnete, um diplomatische Schritte zu unterstützen. So können nur Blätter nörgeln, denen Bismarck's Größe unbequem ist oder die als Sprachrohre der Baissespekulanten arbeiten. Letzteren hat es einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht, daß die Beunruhigung der Welt nunmehr einem größeren Vertrauen gewichen ist. Selbst wenn Rußland nicht zu trauen ist, behalten die Gründe, die Bismarck für die Aufrechterhaltung des Friedens anführte, ihren Werth; sie schieben die Kriegsgefahr auf viele Jahre hinaus.

Wenn die Bismarck'sche Rede auch den französischen Rachekriegshetzern das Concept verdorben hat, so ist das nicht zu verwundern, ebensowenig, daß sie ihren Mißmuth unter den verschiedensten Ausstellungen an der Rede verbergen. Die meisten Pariser Zeitungen erachten die Rede friedlicher dem Anscheine nach, als sie in Wirklichkeit sei. Namentlich verdrießt es die Franzosen, daß sie über die Lage nicht mehr enthüllt habe, als man schon wisse. Nun, mögen sich nur die Franzosen recht deutlich machen, wie die Lage wirklich ist; das wird sie sehr heilsam ernüchtern. Vorläufig suchen sie nach Kräften den Mißmuth Europas aufzustacheln. Bismarck diene, bemerken sie heuchlerisch, wirklich nicht der Sache des Friedens, indem er die deutsche Militär-Oberherrschaft in Ausdrücken proklamire, welche die Eigenliebe anderer Mächte verletzen müßten und die Rüstungen Rußlands rechtfertigen. So kann sich nur die größte Verlegenheit und die angeborene Verlogenheit ausdrücken. Die Revanchepartei Frankreichs hätte alle Ursache, kleinlaut zu werden. Die einmüthige Entschlossenheit, mit welcher die Volksvertretung Deutschlands die großen Opfer zur Stärkung der Wehrkraft auf sich nahm, hat sich den Franzosen tief eingeprägt. Zudem sind die französischen Heeresverhältnisse augenblicklich recht bedenklich. Es ist trotz aller Vertuschungen ganz offenkundig, daß in Folge der massenhaften Beurlaubungen die Infanterie und ein Theil der Cavalerie augenblicklich sich in einem Zustande völliger Verwirrung befinden. Die Infanterie weist nicht nur gähnende Lücken auf, sondern der ganze Ersatzapparat ist in Unordnung gekommen. Ein Theil der Cavalerie hat andererseits soviel Pferde zu der Bildung der neuen Regimenter abgeben müssen, daß eine Anzahl der Regimenter sich in Verlegenheit befindet, indem die gestellten zahlreichen Remonten zu jung und unwillig sind; und dadurch ist bei vielen Schwadronen ein solcher Mangel an Pferdematerial eingetreten, daß die einberufenen Landwehren nicht einmal beritten gemacht werden konnten. Das Unbehagen der Franzosen ist umso größer, als sie jetzt erfahren haben, daß vom 1. April ab gegen 8 Millionen deutscher Streiter gestiefelt und gespornt, bestbewaffnet und ausgezeichnet eingetheilt, auf den Wink des Kaisers bereit stehen. Nicht minder trägt zur Dämpfung der Kriegslust der Franzosen die allgemeine Wehrpflicht bei. Früher, da das Heer aus 3—400,000 Bauernsöhnen und Arbeitern bestand, hatte der Krieg für die wohlhabenden Volksklassen nicht so etwas gar Schreckliches. Jetzt aber, wo die Söhne reicher Bürger und Kaufleute ebensogut ihre Haut zu Markte tragen müssen, da hat der Patriotismus für Viele einen sehr bitteren Nachgeschmack bekommen und das Revanchegeschrei sein Verlockendes verloren.

Wir Deutschen können daher ruhig den Franzosen das Vergnügen gönnen, an der Bismarck'schen Friedensrede herumzustochern. Ganz ergötzlich stellt sich die englische Presse zu dem großen Tagesereigniß. Wohl finden sich einzelne Blätter, die ihrer Bewunderung der neuesten Leistung des deutschen Staatsmanns einen offenen, stellenweise sogar begeisterten Ausdruck geben; die Mehrzahl der englischen Zeitungen erinnert aber an das betrübte Gesicht der Lohgerber, denen ihre Felle fortgeschwommen sind. Mit der robusten Heuchelei John Bulls, deren Vollkommenheit kein anderes Volk erreicht, beklagen es die Blätter Londons und der Provinzstädte, daß die Aussichten auf den Frieden nicht für gebessert anzusehen seien, daß trotz der Bismarck'schen Rede die Weltlage zweifelhaft und dunkel bleibe. England rechnete nämlich fest auf einen großen Festlandkrieg und richtete sich schon auf seine berühmte „Neutralität" dabei ein. Was wären dabei für Geschäfte zu machen gewesen, mit Anleihen und Lieferungen für beide Theile! Wie leicht würde, wenn die Festlandmächte sich in dem Riesenkampfe erschöpften, das neutrale England über die überseeischen Kolonien derselben hergefallen sein! Der Entgang einer solchen Beute entlockt den Engländern jetzt die beweglichste Klage über die fortdauernde Unsicherheit der Lage.

Nein, Fürst Bismarck hat nicht blos den Frieden dadurch gesichert, daß er der Kriegspartei die unwiderstehliche Kraftentfaltung enthüllte, welche die Friedensmächte zu entwickeln vermögen, er zeichnete auch den Weg vor, auf welchem Rußland zur Innehaltung einer friedlichen Politik zu bringen sei. Mehr kann man doch nicht in Petersburg von ihm verlangen, als daß er sich bereit erklärte, etwaige diplomatische Schritte Rußlands bei der Pforte zur Wiedergewinnung seines früheren Einflusses in Bulgarien zu unterstützen. Rußland hat, seien wir gerecht, ein Anrecht auf eine Ausnahmestellung in Bulgarien kraft der Opfer an Menschen und Geld erworben, die es für dessen Befreiung gebracht hat. Es hat diese Vorherrschaft in Bulgarien durch eigne Schuld verloren. Mache es selbst nun Vorschläge, wie sie wieder zu gewinnen ist! Sie sind, wenn sie friedlicher Natur sind und wenn sie nicht die Lebensinteressen Oesterreichs verletzen, der Befürwortung durch Bismarck und wohlwollender Aufnahme in Wien sicher. So wandelt sich der eiserne Kanzler Bismarck in den Friedenskanzler Bismarck um!

Neben dem großen Tagesereigniß schrumpft die Theilnahme an den sonstigen Vorkommnissen beträchtlich zusammen. Beinahe mit ⅔ Mehrheit, mit 183 : 95 St. nahm der Reichstag den Antrag auf Verlängerung der Legislaturperiode auf 5 Jahre an. Bei der Berathung gaben sich deutschfreisinnige und ultramontane Redner alle Mühe, die Kartellparteien zu verdächtigen. Dieser ihr Antrag solle angeblich der Vorbote zu Angriffen auf das Wahlrecht selbst sein. Mit Entschiedenheit hat schon der Abg. v. Bennigsen das Unbegründete dieses Argwohns dargethan. Es bleibt dabei, daß alle verständigen Volkskreise es als Wohlthat ansehen, wenn sie nicht mehr aller drei Jahre die wilde und wüste Wahlagitation durchzumachen brauchen, in der alle bösen Geister entfesselt sind. Wahr ist aber auch, daß die Uebernahme der Pflicht, 5 Jahre hintereinander als Abgeordneter nach Berlin zu gehen, den Kreis fähiger und würdiger Bewerber einschränken muß. Der Mangel an Candidaten wird noch größer als früher sein. Insofern ist der Antrag auf Gewährung von Diäten, der an sich richtig ist, doppelt berechtigt. Aber man darf ihn nicht mit der Verlängerung der Legislaturperiode verquicken, sonst bekommt man keine Diäten, aber auch keine Verlängerung.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 8. Febr.

Berlin. Reichstag. Das Wehrgesetz wurde auf Antrag v. Frankensteins in dritter Berathung einstimmig angenommen. Es folgt die erste Berathung des Antrags Lohren, wonach die Brodverkaufspreise per Kilogramm täglich während der Verkaufszeit öffentlich im Verkaufslokal bekannt gemacht und die Zusammensetzung des Brodes angegeben werden soll. Lohren begründet seinen Antrag mit der Nothwendigkeit, das Publikum in die Lage zu setzen, die Brodpreise kontroliren zu können. Wie gegen zu theures Brod, müsse das Volk auch gegen schlechtes Brod geschützt werden. Metzler (Centrum) erklärt den Antrag in der vorliegenden Fassung für undurchführbar. Werde derselbe Gesetz, so stehe jeder Bäcker stets mit einem Fuß im Gefängniß. Die Bäcker würden dann ihre Läden schließen. Metzler beantragt schließlich Verweisung an eine Commission. Duvigneau (nat.-lib.) erklärt gleichfalls den Antrag für undurchführbar. Es sei nicht möglich, daß der Bäcker die Bestandtheile des Brodes angebe. Die Ansichten über gesundes und nicht gesundes Brod gingen auseinander, und die Polizei könne das am wenigsten entscheiden. Brömel (freis.): Diejenigen, welche den Antrag in der vorliegenden oder in modificirter Form wollten, ständen unter dem Eindruck, das Brod vertheuert zu haben, und wollten, nachdem sie die Landwirthschaft und die Bäcker geschützt, jetzt auch die Käufer schützen. Aber die beantragten Zwangsbestimmungen erschwerten nur den Verkauf und vertheuerten demgemäß die Preise. Gewiß sei nur die Belästigung der Bäcker, nicht aber der Vortheil des Publikums. Zwanzig deutsche Innungsverbände hätten gegen den Antrag petirt trotz der Zusammengehörigkeit der Zünfte. v. Frege (cons.) hält den Antrag für zur Zeit undurchführbar. Der gute Kern müsse erst herausgeschält werden, weshalb eine Commissionsberathung nöthig sei. Die Mißstände ließen sich ohne Schädigung des Bäckergewerbes abschaffen. Der Antrag wird an eine 14gliedrige Commission verwiesen. — Es folgt die zweite Berathung der Anträge Munckel und Rintelen auf Entschädigung unschuldig Verurtheilter. Kulemann (nl.) hat eine Reihe von Abänderungen beantragt und wünscht Verweisung der ganzen Materie an eine Kommission. Die Kommissionsverweisung wird abgelehnt. Nachdem sich Klemm (kons.) im Prinzipe gegen die Anträge ausgesprochen, wird die Berathung abgebrochen. — Morgen: Militäranleihe, Legislaturperiode, Etat.

Berlin. Die Reichstagskommission für das Sozialistengesetz nahm den ersten Paragraphen des bestehenden Gesetzes unter Ablehnung aller Abänderungsanträge an. — Die Budgetkommission des Reichstags genehmigte heute den Nachtragsetat des Auswärtigen Amtes und der Postverwaltung. — Der italienische Ministerpräsident Crispi sandte gestern Namens der italienischen Regierung ein Glückwunschtelegramm an den Fürsten Bismarck, in welchem er aussprach, daß die von ihm gesprochenen Friedensworte von ganz Europa gehört worden sind. — Der „Reichsanzeiger" publizirt die Verleihung des Allgemeinen Ehrenzeichens an die Schutzleute Ihring und Naporra.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus berieth den Antrag auf Verlängerung der Legislaturperioden. Die Redner der Freisinnigen und des Centrums sprachen dagegen, die Konservativen und Nationalliberalen dafür. Die zweite Berathung findet demnächst im Plenum statt. — Morgen: Antrag auf Gleichstellung der Lehrer an den nichtstaatlichen Schulen mit den Lehrern an Staatsanstalten.

Berlin. „Kreuz-Ztg." und „Post" sprechen von eingetroffenen wenig tröstlichen Nachrichten über das Befinden des Kronprinzen, die vielleicht die Tracheotomie schneller nothwendig machen könnten, als man erwartete. Das „Berliner Tagebl." meldet, daß bei der heutigen Untersuchung durch Mackenzie die Anschwellung ziemlich unverändert und das Athmen etwas weniger frei war. Der Kronprinz soll heute eine Ausfahrt unternehmen.

Paris. Auf Anordnung des Untersuchungsrichters Athalin wird Wilson in Sachen des Ordenshandels mit Legrand und Crespin dem Zuchtpolizeigericht überwiesen. Der Termin ist auf den 16. d. anberaumt.

Die Berliner Börse eröffnete schwach auf Nachrichten aus San Remo und Gerüchte von fortgesetzten russischen Rüstungen. Später trat vorübergehend eine leichte Befestigung ein, doch schwächte sich die Haltung bald auf Londoner Gerüchte von der angeblich bevorstehenden Demission des russischen Ministers des Auswärtigen, v. Giers, ab, worauf besonders spekulative Banken und russische Werthe angeboten waren. Deutsche Bahnen, ausgenommen Ostpreußen, waren matt. Von österreichischen Bahnen waren Franzosen gefragt; Bergwerke niedriger, ebenso fremde Renten. Im Kassaverkehr waren deutsche Bahnen sowie Banken fest, auch Industrien vorwiegend behauptet, deutsche Fonds recht fest, österreichische Prioritäten schwächer, Privatdiskont 1⅛ Prozent.

Frankfurt a. M., 8. Febr. Credit 214,00. Staatsbahn 171⅛. Lombarden 64,25. Galizier 154⅛. Egypter 74,20. 4proc. Ungar. Goldrente 77,40. Disconto 186,90. 80er Russen —. Handelsg. —. Laura —. Schwach.

Wien, 8. Februar. Credit 258,60. Staatsbahn 213,75. Lombarden 81,00. Nordwestb. 153,50. Markneten 62,27½. Ung. Credit 270,50. Schwach.

Paris, 8. Februar. (Schluß.) Rente 81,42. Anleihe 106,62. Italiener 92,55. Staatsbahn 426,25. Lombarden 176,25, do. Prioritäten —,—. Spanier 67,06. Egypter 374,37. Ottomanen 502,50. Neue Anleihe —. Türken —. Unentschieden.

London, 8. Februar, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 102⅛. 1873er Russen 91½. Italiener 92. Lombarden 7⅛. Konv. Türken 13⅞. 4proc. fundirte Amerikaner 130. 4proc. Ungar. Goldrente 76⅝. Oesterr. Goldrente 86. Preuß. Consols 105. Egypter 74. Neue Egypter 100⅛. Garant. Egypter 102½. Ottomanbank 10⅛. Suez-Aktien 83⅛. Spanier 66⅞. — Stimmung: Ruhig. — Wetter: Mild.

Amsterdam, 8. Februar. Produkten (Schluß). Weizen per März 191, per Mai 192, weichend. Roggen per März 103, per Mai 103, weichend.

Paris (Produkten), 8. Februar. (Schluß.) Weizen per Februar 23,40, per Mai-August 24,10, fest. Spiritus per Februar 47,50, per Mai-August 48,25, ruhig. Rüböl per Februar 54,00, per Mai-August 53,25, matt.

London, 8. Februar. (Produkten) Schluß. Getreide ruhig, trägest, ermattend. Mais und Gerste stetig. Stadtmehl 22—34. — Wetter: Mild.

Lokales und Sächsisches.

— Am 13. d. giebt Ihre Durchlaucht Prinzessin von Ardeck, geb. Prinzessin von Hanau, welche kürzlich von Wiesbaden nach hier übergesiedelt ist, ein großes Ballfest, zu welchem ca. 300 Einladungen ergangen sind. Das Fest findet im Hotel de Saxe statt und beschränkt sich nicht nur auf den Saal, sondern überhaupt auf die erste Etage des Hotels; es werden alle Salons und Zimmer derselben geöffnet sein.

— Der Geldbriefträger a. D. C. F. Steinborn erhielt nach 45jähriger Dienstzeit das Allgemeine Ehrenzeichen.

— Von einem sehr schmerzlichen Verluste, den der sächsische Staat erlitten, giebt uns ein Privat-Telegramm aus Berlin Kunde. Dort ist gestern der Präsident des Oberlandesgerichts, Wirkl. Geh. Rath Dr. v. Weber, Exc., gestorben. Derselbe bekleidete noch mehrere andere Staatsämter als Präsident. Er stand als solcher dem Disciplinargerichtshof und dem Staatsgerichtshofe vor. Der oberste richterliche Beamte des Königreichs Sachsen konnte sich seinem eigentlichsten Amte der Rechtsprechung an der Spitze des Oberlandesgerichts, wie es nach Aufhebung des Oberappellationsgerichts gebildet worden war, seit einer Reihe von Jahren nicht mehr widmen, da er als Vertreter des Königreichs Sachsen nach Berlin übergesiedelt war, um als Mitglied der Kommission zur Ausarbeitung des gemeinsamen deutschen Bürgerlichen Gesetzbuchs eine noch bedeutsamere Stellung auszufüllen. Exc. v. Weber nahm an dieser großen, ja erhebenden Aufgabe mit aller Begeisterung vom Anbeginn der Thätigkeit dieser Kommission Theil; er hat sie wesentlich gefördert und hat noch die Freude erlebt, sie ihrer Vollendung nahe gerückt zu sehen. Die Vollendung der Ausarbeitung des Entwurfs selbst, dessen Annahme durch Bundesrath und Reichstag, das Inslebentreten des Bürgerlichen Gesetzbuches selbst zu erleben, war ihm jedoch nicht vergönnt. Der Verstorbene trat 1871 an die Spitze des Kgl. Ober-Appellationsgerichts und wurde 1879, nach Aufhebung desselben bei der Neuorganisation der Justizgesetze, Präsident des Oberlandesgerichts. Im Jahre 1881 siedelte er mit seiner Familie nach Berlin über. Der hiesige Landgerichtsdirektor v. Weber ist ein Neffe des Verstorbenen.

— Landtag. In der gestrigen Sitzung der 2. Kammer stand als erster Gegenstand der Tagesordnung der Gesetzentwurf über die Aufbringung der Kosten bei Grundstückszusammenlegungen zur Vorberathung. Abg. Köckert begrüßt den Entwurf im Interesse der Landwirthschaft mit Freude. Besonders sympathisch sind ihm die bestimmten, präcisen Tarifsätze. Nicht ganz erklärlich sei ihm, daß von sämmtlichen Zusammenlegungen zwei Drittel auf den Regierungsbezirk Leipzig fänen. Der Deputation gebe er die Frage in Erwägung, ob die Kosten nach der Fläche oder nach Einheiten zu berechnen seien. Abg. Strauch ist überzeugt, daß das Gesetz außerordentliche Freude in landwirthschaftlichen Kreisen hervorrufen wird, und wünscht, daß die Zusammenlegungen benachbarter kleiner Grundstücke durch Verbilligung der Sätze möglichst gefördert würden. Abg. Philipp beantragt, den Entwurf zur Schlußberathung zu stellen, da durch die Deputationsberathung kaum eine Verbesserung werde erzielt werden. Abg. Herrmann verleiht dem Wunsche Ausdruck, daß die betheiligten Kreise von den ihnen durch den Entwurf gebotenen Vortheilen möglichsten Gebrauch machen möchten. Nachdem Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz dem Abg. Strauch entgegnet, daß dem von ihm geäußerten Wunsch durch die jetzt zu Recht bestehenden Verordnungen bereits entsprochen sei, insofern als bei kleinen Zusammenlegungen kein Stempel und ganz unwesentliche Kosten zu zahlen seien, beschließt die Kammer gemäß dem Antrag Philipp. Abg. Däbritz berichtet hierauf über eine Petition des Gutsbesitzers Rudert in Eichenbach um Erlaß eines Gesetzes wegen Ablösung des Fischereirechtes in fremden Gewässern. Die Petenten suchen darzulegen, daß sie als Verpflichtete durch die Ausübung der Fischerei seitens Dritter, da die angrenzenden Uferländereien meistens aus werthvollen Wiesen bestünden, durch das Betreten derselben und da es vorkomme, daß die Berechtigten ganze Gesellschaften zum Fischen mitbrächten, bedeutend an ihren Erträgen geschädigt würden. Eine Aenderung dieser Zustände erhoffen die Petenten von einer Ausdehnung der Ablösungsgesetzgebung unseres Landes auf die Fischereigerechtsame in der Weise, daß auf einseitigen Antrag der Grundstücksinteressenten gegen eine von der Behörde festzustellende Entschädigung an den berechtigten Theil, derartigen Anträgen Folge gegeben werden müsse. Die Dep. beantragt, die Petition der Regierung zur Kenntnißnahme zu übergeben. Abg. Wehner hofft, daß die Regierung hierdurch veranlaßt werde, der Frage der Bildung von Fischereigenossenschaften wieder näher zu treten. Abg. May: Das jetzige Fischereigesetz habe zu so viel Unzuträglichkeiten geführt, daß er sich nur freuen würde, wenn die Regierung ein neues Fischereigesetz vorbereiten und dem nächsten

Special-Geschäft für Kinder-Garderobe
R. Eger, König Johannstrasse, Ecke Schiessgasse 8.

SLUB
Wir führen Wissen.